

## Kapitel 5

# Marokko – digitale und soziale Medien zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements Jugendlicher in der Demokratie

---

*Karima Rhanem*

**S**eit der marokkanische König Mohammed VI. als Reaktion auf Proteste marokkanischer Jugendlicher vom 20. Februar 2011 im Lauf desselben Jahres eine Reihe von Verfassungsreformen bekannt gab, wurden verschiedene Initiativen jugendlicher und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure umgesetzt, um das bürgerschaftliche Engagement über eine Mischung aus Offline- und Online-Plattformen zu fördern. Dieser Beitrag untersucht, wie junge marokkanische Aktivistinnen und Aktivisten sowie zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure das Internet und soziale Netzwerke nutzten, um zu mobilisieren, zu diskutieren und sich für Veränderungen einzusetzen. Es befasst sich auch damit, inwieweit diese Initiativen politische Wirkung gezeigt haben.

Marokko ist mit über 10 Millionen Internetnutzerinnen und -nutzern im Hinblick auf die Internetverbreitung eines der führenden Länder Afrikas (El Barakah 2015). Angaben der nationalen Regulierungsbehörde für den Telekommunikationssektor zufolge liegt die Internetnutzung bei über 60 %, und 44 Millionen Menschen sind als Mobilfunknutzer/-innen registriert. Auch die Nutzung sozialer Medien hat zugenommen, und Facebook beispielsweise hat über 7 Millionen Nutzer/-innen.<sup>33</sup> Die Infrastruktur für 4G-Internet und andere Technologien hat Millionen Marokkanerinnen und Marokkanern – sozialen Aktivistinnen und Aktivisten wie auch staat-

---

33 Siehe [www.internetworldstats.com/stats1.htm](http://www.internetworldstats.com/stats1.htm), abgerufen am 23. September 2017.

lichen Beschäftigten – die Möglichkeit der Online-Partizipation und der Meinungsäußerung über die dringendsten Fragen der Demokratie und Menschenrechte in Marokko eröffnet.

Während des Prozesses der Verfassungsreform 2011 entwickelte Tarik Nesh-Nash, ein marokkanischer Informatiker und Innovator, die partizipatorische Plattform *Reforme.ma*, die es tausenden Marokkanerinnen und Marokkanern ermöglichte, zum Entwurf der neuen Verfassung beizutragen (Urquiza 2013). Die online eingereichten Kommentare und Vorschläge wurden dem für die Verfassungsreform zuständigen Beirat unterbreitet. Laut Nesh-Nash flossen 40% der Beiträge in die neue Verfassung ein. Nach der Verabschiedung der neuen Verfassung erarbeitete die Regierung mehrere Gesetzesentwürfe zur Umsetzung der Verfassungsbestimmungen, von denen manche die Eingaben der Bürgerschaft berücksichtigten, andere dagegen nicht.

2013 brachte eine Kampagne, die in den sozialen Medien Marokkos mit Hilfe verschiedener Strategien auf Entscheidungsträger/-innen abzielte, die Regierung dazu, einen kontroversen Entwurf einer Digitalgesetzgebung zurückzuziehen. Der Gesetzesentwurf löste intensive Online-Proteste vor allem jugendlicher Internetnutzer/-innen aus, die befürchteten, das Gesetz würde der Online-Anonymität ein Ende setzen und das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken. Die Kampagne<sup>34</sup> unter dem Hashtag #Code\_Num [#almodwana rakmiya lan tamor] zwang die Regierung, den Gesetzesentwurf vorerst auszusetzen. Dieser Fall zeigte deutlich, dass die Regierung begonnen hatte, sich mit einer wichtigen Stimme in der Online-Community über den öffentlichen politischen Gestaltungsprozess auseinanderzusetzen.

Es gibt noch weitere Beispiele für Reaktionen der marokkanischen Regierung auf Online-Proteste. Der kontroverse Fall der minderjährigen Amina Filali,<sup>35</sup> die Selbstmord beging, nachdem sie zur Ehe mit ihrem Vergewaltiger gezwungen worden war, ist hierfür ein gutes Beispiel. Aktivistinnen und Aktivisten starteten eine Online-Kampagne, um die Änderung von Artikel 475 des marokkanischen Strafgesetzbuchs zu fordern, der es Vergewaltigern erlaubt, sich durch eine Eheschließung mit dem Opfer einer strafrechtlichen Verfolgung zu entziehen. Die Online-Kampagne griff diesen Vorfall aus einer marokkanischen Kleinstadt auf, erreichte über soziale Netzwerke auch ein Publikum jenseits der Landesgrenzen und machte ihn zu einer internationalen *cause célèbre*. Dies wiederum führte zu Offline-Protesten und aktivem Einsatz für eine Gesetzesänderung bei der Regierung, bis das marokkanische Parlament Artikel 475 im Jahr 2014 abschaffte.

Diese Initiativen lösten eine wichtige Debatte über den politischen Einfluss sozialer Medien aus. Analystinnen und Analysten stellten fest, dass soziale Medien in Marokko eine wichtige Oppositionsrolle einnahmen und sich in der Einflussnahme auf den politischen Gestaltungsprozess als effektiv erwiesen haben, wie

---

34 Siehe [www.facebook.com/DesobeissanceElectronique/?fref=ts](https://www.facebook.com/DesobeissanceElectronique/?fref=ts), abgerufen am 23. September 2017.

35 Zum Selbstmord von Amina Filali siehe [https://en.wikipedia.org/wiki/Suicide\\_of\\_Amina\\_Filali](https://en.wikipedia.org/wiki/Suicide_of_Amina_Filali), abgerufen am 26. Februar 2018.

die Umsetzung verschiedener staatlicher Maßnahmen als Reaktion auf die Online-Interessenvertretung veranschaulicht.

Das marokkanische Parlament verabschiedete 2016 zwei Gesetze, die es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, Petitionen und Anträge an die Regierung und das Parlament heranzutragen (Zaireg 2016). Die Umsetzung der beiden Gesetze erfordert zwar noch Zeit sowie weitere gesetzliche Schritte, doch marokkanische Aktivistinnen und Aktivisten nutzen bereits Online-Petitionen über Foren wie Avaaz und andere Websites. Online-Petitionen über soziale Netzwerke werden bislang noch nicht anerkannt, stellen aber in Anbetracht ihrer globalen Reichweite und der vielen Unterschriften, die mit ihnen gesammelt werden können, ein effektives Instrument dar, um die Regierung unter Druck zu setzen.

Im Mai 2016 beeinflusste eine Online-Petition<sup>36</sup> einen Gesetzesentwurf, der Mädchen ab einem Alter von nur 15 Jahren die Arbeit als Haushaltshilfe gestattete und über den kürzlich vom marokkanischen Parlament abgestimmt wurde. Die Online-Kampagne gegen Kinderarbeit veranlasste die Nationale Beobachterstelle für Kinderrechte unter dem Vorsitz von Prinzessin Lalla Meryem dazu, die Anhebung der Altersgrenze auf 18 Jahre zu fordern. Trotz der Kontroverse stimmte das Parlament im Juni 2016 für eine Altersgrenze von 16 Jahren, allerdings mit gewissen Auflagen. Aktivistinnen und Aktivisten setzen sich weiterhin für das Thema ein, um bestimmte Artikel aufgrund zivilgesellschaftlicher Bedenken abzuschaffen und zu ändern (HuffPost Maroc 2016).

Eine Online-Petition<sup>37</sup> gegen die Entgegennahme und Verbrennung von 2.500 Tonnen Müll aus Italien auf marokkanischem Boden war dagegen erfolgreicher. Die Petition wurde von über 20.000 Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben, die hinsichtlich der Gesundheits- und Umweltfolgen dieser Maßnahme Bedenken hatten, und die Regierung ergriff Schritte, um die Einfuhr ausländischen Mülls in das Land künftig zu unterbinden. Da Marokko 2016 Gastgeber der UN-Klimakonferenz COP22 war, animierte dieses Thema tausende Marokkaner/-innen online wie auch offline zur Teilnahme an umweltpolitischen Diskussionen.

Eine weitere Online-Petition mit signifikanter Wirkung ist #Zero\_Grissage, eine Online-Kampagne gegen Aggression und Vandalismus in Marokko. Diese Kampagne fordert die Sicherheitskräfte zu größerer Effizienz auf, um die öffentliche Sicherheit zu verbessern und Straßenkriminalität zu bekämpfen. Das Innenministerium gab nach dem Start der Kampagne im Juli 2016 eine Pressemitteilung heraus und ergreift bereits Maßnahmen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Die Behörden haben außerdem vor dem Missbrauch falscher Bilder oder unbestätigter Videos gewarnt, die gewalttätige Attacken gegen Menschen in öffentlichen Räumen zeigen.

---

36 Siehe die Online-Petition *Aux Parlementaires du Royaume du Maroc: Non à l'exploitation des mineures dans le travail domestique*, verfügbar unter [http://secure.avaaz.org/fr/petition/Aux\\_Parlementaires\\_du\\_Royaume\\_du\\_Maroc\\_Non\\_a\\_l'exploitation\\_des\\_mineures\\_dans\\_le\\_travail\\_domestique/?pv=25](http://secure.avaaz.org/fr/petition/Aux_Parlementaires_du_Royaume_du_Maroc_Non_a_l'exploitation_des_mineures_dans_le_travail_domestique/?pv=25), abgerufen am 26. Februar 2018.

37 Siehe die Online-Petition *FMDH: Refus de la gestion des déchets Italiens sur le territoire Marocain*, verfügbar unter <https://www.change.org/p/refus-de-la-gestion-des-déchets-italiens-sur-le-territoire-marocain>, abgerufen am 26. Februar 2018.

Die oben genannten Beispiele lassen keinen Zweifel daran, dass sich das Internet zu einem alternativen Instrument mit einer wichtigen Rolle und der effektiven Macht entwickelt hat, mehr noch als Institutionen den politischen Gestaltungsprozess zu beeinflussen. Nachdem der versuchte Staatsstreich des Militärs in der Türkei buchstäblich durch einen FaceTime-Anruf von Präsident Erdogans Telefon vereitelt wurde (Hearst 2016), in dem Türkinnen und Türken zu Straßendemonstrationen aufgerufen wurden, reaktivierten Marokkaner/-innen, die diese Entwicklungen nervös über die sozialen Medien verfolgt hatten, ihre Online-Kampagne gegen das Verbot der marokkanischen Regierung, über kostenlose Apps wie WhatsApp, Viber oder Skype zu telefonieren (Al Hussaini 2016). Sie argumentierten hierbei, dass VoIP-Gespräche sowohl die Demokratie als auch Leben retten können.

Für die Parlamentswahlen im Oktober 2016 wurden hunderte Einzelpersonen und zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGOs) in der Wahlbeobachtung geschult und nahmen an politischen Diskussionen über die Wahlen teil. Politische Parteien in Marokko warben online für ihre Kandidatinnen und Kandidaten, die selbst Jugendtrends verfolgen und Online-Plattformen nutzen, um Anhänger/-innen zu gewinnen. Es wurden auch vonseiten der Regierung und ZGOs Kampagnen durchgeführt, um die Wahlbeteiligung Jugendlicher anhand von Online-Debatten über die Regierungsbildung zu steigern.

Soziale Medien haben sich als wirkungsvolles Instrument erwiesen, um die Werte der demokratischen Staatsbürgerschaft und der Menschenrechte zu fördern sowie Bürger/-innen zu befähigen, Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, Wahlen zu überwachen und gemeinsam an politischen Debatten teilzunehmen. Fragen der Ethik und Privatheit bedeuten jedoch weiterhin eine Herausforderung, dazu kommen Sicherheitsbedenken der Regierung, die oft zu Kontrolle und Zensur führen. Soziale Medien können auch als Plattform für die Verbreitung irreführender Informationen dienen. Online-Nutzer/-innen sollten sich daher ihrer ethischen Verantwortung bewusst sein, korrekte, objektive und zuverlässige Informationen einzustellen, ohne die persönliche Freiheit und Privatheit anderer anzugreifen.

Auch Bildtechnologien werfen ethische Fragen auf. Bürger/-innen sowie professionelle Journalist(inn)en verfügen aufgrund von Smartphone-Technologie über neue Möglichkeiten, Bilder zu verändern und manipulieren. Dies hat ein massives Vertrauensproblem geschaffen, da es schwierig ist festzustellen, ob von Bürgerinnen, Bürgern oder Graswurzeljournalistinnen und -journalisten aufgenommene und online eingestellte Bilder echt oder falsch sind. Die Konvergenz traditioneller und neuer Medien als Mittel der Informationsverbreitung wirft Fragen auf, wo die Grenze zwischen Regulierung und Zensur zu ziehen ist und wie das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt werden kann, ohne den Schutz vor Hetzreden aufs Spiel zu setzen.

## LITERATUR

Al Hussaini, A. (2016): *Moroccans protest ban of VoIP calls, including Whatsapp, Viber, Facebook and Skype*, verfügbar unter <http://advox.globalvoices.org/2016/01/17/moroccans-protest-ban-of-voip-calls-including-whatsapp-viber-facebook-and-skype>, aufgerufen am 26. Februar 2018.

El Barakah, T. (2015): *Morocco among countries with highest internet penetration in Africa, Oxford Survey*, verfügbar unter [www.moroccoworldnews.com/2015/07/163129/morocco-among-countries-with-highest-internet-penetration-in-africa-oxford-survey](http://www.moroccoworldnews.com/2015/07/163129/morocco-among-countries-with-highest-internet-penetration-in-africa-oxford-survey), aufgerufen am 26. Februar 2018.

Hearst, D. (2016): *How an iPhone defeated the tanks*, verfügbar unter [www.middleeasteye.net/columns/how-iphone-defeated-tanks-turkey-1556177810](http://www.middleeasteye.net/columns/how-iphone-defeated-tanks-turkey-1556177810), aufgerufen am 26. Februar 2018.

HuffPost Maroc (2016): *Les associations de défense des droits de l'enfant s'insurgent contre la loi sur le travail des "petites bonnes"*, verfügbar unter [www.huffpostmaghreb.com/2016/05/12/petites-bonnes-maroc\\_n\\_9926214.html](http://www.huffpostmaghreb.com/2016/05/12/petites-bonnes-maroc_n_9926214.html), aufgerufen am 26. Februar 2018.

Mayton, J. (2015): „Morocco has over 10 million internet users“, verfügbar unter [www.itnewsafrika.com/2015/05/morocco-has-over-10-million-internet-users](http://www.itnewsafrika.com/2015/05/morocco-has-over-10-million-internet-users), aufgerufen am 26. Februar 2018.

Urquiza, L. (2013): „Internet and citizen participation: Moroccan youths reinvent their democracy“, verfügbar unter <http://blogs.worldbank.org/youthink/internet-and-citizen-participation-moroccan-youths-reinvent-their-democracy>, aufgerufen am 26. Februar 2018.

Zaireg, R. (2016): *Pétitions et motions au Maroc: Les projets de lois adoptés*, verfügbar unter [www.huffpostmaghreb.com/2016/01/28/manifestation-petition-lo\\_n\\_9096808.html](http://www.huffpostmaghreb.com/2016/01/28/manifestation-petition-lo_n_9096808.html), aufgerufen am 26. Februar 2018.

